

Zeitung zu den Kommunalwahlen in NRW am 13. September 2020

Wer AfD wählt, wählt Nazis



Foto: Christian Schneider, Aufstehen gegen Rassismus 

Keine Stimme für die Nazis und Rassist*innen der AfD!

Zur Kommunalwahl in NRW am 13. September 2020 treten auch die AfD und andere extrem rechte Gruppierungen an. Der aktuelle Landesvorstand bemüht sich, die AfD NRW als normale und basisdemokratische Partei darzustellen. Sie ist alles andere als das.

Der faschistische „Flügel“ um Björn Höcke & Co. hat sich formal aufgelöst, aber seine Mitglieder sind mit ihren extrem rechten Inhalten weiter in der Partei aktiv; in NRW zählen ca. 40 Prozent der Delegierten zum „Flügel“. Im März war der vorgeblich „gemäßigte“ NRW-Landesvorsitzende Rüdiger Lucassen bei einer geplanten Veranstaltung neben Höcke angekündigt. Lucassen kritisiert Höcke nicht inhaltlich, sondern will lediglich das Tempo der Radikalisierung der Partei verlangsamen, um keine konservativen Wähler*innen und Mitglieder zu verlieren.

➤ Die AfD gibt nur vor, für eine „gerechte Sozialpolitik“ zu sein.

Zwar inszeniert sich die AfD als „Stimme des Volkes“, doch in der Praxis spielt Sozialpolitik keine Rolle. Der sozialpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Vincentz ergreift nur das Wort, um z.B. darauf zu drängen, dass „der Sozialstaat nur seine Kernaufgaben“ wahrnehmen, aber auf „soziale Goodies“ verzichten solle.

➤ Die AfD benutzt die Parlamente als Bühne für aggressive Hetze.

In Aachen etwa kandidiert Markus Mohr, selbst Anhänger des faschistischen „Flügels“, für das Oberbürgermeisteramt. Auf Listenplatz 2 steht Wolfgang Palm, Ex-Vizechef der inzwischen aufgelösten extrem rechten Pro NRW — obwohl Pro NRW auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD steht. Beide nutzen ihr Rederecht im Rat der Stadt Aachen seit Jahren, um Geflüchtete, Muslime und Andersdenkende zu dämonisieren.

➤ Die AfD setzt auch im NRW-Kommunalwahlkampf auf Rassismus.

In ihrem Wahlprogramm stempelt die AfD Menschen mit Migrationsgeschichte zu Sündenböcken für soziale Missstände von Wohnungsnot und steigenden Mieten bis hin zu Gewalt gegen Frauen und Kinder. Sie hetzt mit Lügen gegen Muslime und Geflüchtete und fordert eine „Abschiebeinitiative 2020“. AfD-Landesvize Matthias Helferich verlangt im Höcke-Jargon gar die „Rettung Deutschlands in der von uns geliebten Form“ und erklärt die „nationale Identität“ zur „Schicksalsfrage“.

➤ Die AfD ist der parlamentarische Arm der extremen Rechten.

Auf die Verschwörungserzählung der AfD vom „großen Austausch“ (die angeblich bewusst gesteuerte Verdrängung einer „alt-deutschen“ Bevölkerung durch Migrant*innen) beriefen sich die Mörder von Walter Lübcke sowie die Attentäter von Halle und Hanau und auch so genannte „Bürgerwehren“ in NRW. Ohnehin ist die AfD NRW eng verzahnt mit Neonazis von NPD bis Identitärer Bewegung, Nazischlägern und rechten Hooligans. So tritt die Partei in Köln, Bielefeld, Leverkusen und Aachen mit Kandidat*innen zur Kommunalwahl an, die in direktem Zusammenhang mit extrem rechten Zeitschriften oder wie in Bonn mit schlagenden „weißen“ Burschenschaften stehen.

➤ Rassismus und Faschismus sind keine Meinungen, sondern Verbrechen! Deshalb am 13. September deine Stimme gegen die AfD!



Birgit Sevenich und Irmgard Wurdack,
Redaktion Aufstehen gegen Rassismus NRW

„Die Ausgrenzung von Menschen und die Leugnung des Klimawandels – wie von der AfD propagiert – sind keine Optionen, um weiterhin auf dieser Erde leben zu können. Menschheitsfragen wie die Klimakatastrophe oder das sechste Massenaussterben werden wir nur gemeinsam bewältigen!“

Helena Kadar, Aktivistin bei Extinction Rebellion Düsseldorf



„Attac tritt ein für eine besser regulierte Globalisierung und eine gerechtere Wirtschaftsordnung. Die Grundlage für unser Engagement ist das Wissen, dass jeder Mensch ein Recht auf die gleichen, guten Lebenschancen hat und den gleichen Respekt verdient. Rassismus ist das Gegenteil.“

Joachim Braun, Attac Düsseldorf



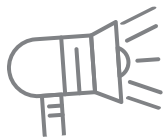
„Am 8. Mai hat sich die Befreiung vom Nationalsozialismus zum 75. Mal gejährt. Gegen den Anstieg rechter Gewalt und Hetze müssen wir uns als Gesellschaft entschieden wehren und aktiv gegen Fremdenhass, Antisemitismus und Diskriminierung vorgehen. Damals wie heute gilt: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“

Serdar Yüksel, SPD MdL, Vorsitzender des Petitionsausschusses, Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit & Soziales



„Das Geschäftsmodell der AfD ist die Spaltung unserer Gesellschaft. Zusammenhalt und gesellschaftliche Vielfalt sind positive Kräfte – das hat die Coronakrise gezeigt. Jeder hat jetzt die Verantwortung dafür, das zu erhalten. Deshalb: Keine Stimmen für die Spalter!“

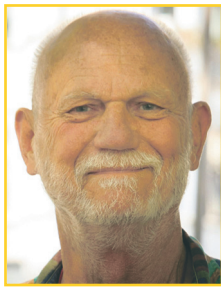
Gabriele Boos-Niazy, Aktionsbündnis muslimischer Frauen e.V.



10 Gründe aktiv zu werden

„Rassismus, Hass sowie Völkisches sind politische und soziale Viren! Die AfD und Neonaziparteien stehen für gefährlichen Rückschritt ohne Problemlösungen, keine Spur von Demokratie. Verboten statt staatlicher Parteienfinanzierung.“

Eckart Pressler, DUISPUNKT, Initiative für Vielfalt & Toleranz, Duisburg



„Die Corona-Krise verschärft bestehende Probleme im Alltag von LSBT*IQ-Menschen, z.B. die Einsamkeit Älterer und die Isolation von LSBT*IQ-Geflüchteten: Sie trifft diejenigen besonders, die ohnehin oft Diskriminierung von Rechts erfahren. Wir fordern Solidarität gegen rechtes Denken und Handeln!“

Gema Rodriguez Diaz, Migrationsteam des rubicon e.V., Köln



„In den letzten Monaten haben Nazis versucht, sich als Verteidiger von Grundrechten darzustellen. Doch Grundrechte sind nicht rassistisch, sondern sozialverträglich: Schließt die Lager und öffnet leerstehende (Ferien-)Wohnungen für Wohnungslose und Geflüchtete!“

Philipp Giesinger, Bündnis für bezahlbaren Wohnraum, Düsseldorf



„Gerade wegen unserer Geschichte und angesichts der Verbrechen von 12 Jahren faschistischer Herrschaft ist es unsere Aufgabe, daran zu erinnern und Antifaschismus auch in der Gegenwart und Zukunft zu leben. Die AfD will dies verhindern. Deshalb: keine politischen Mandate für die AfD!“

Falk Mikosch, Sprecher der VVN/BdA NRW



„Wir alle müssen uns gegen Rassismus einsetzen! Dieser betrifft vor allem die Schutzlosesten unter uns, z.B. Geflüchtete. Wir als Seebrücke Essen setzen uns für den Schutz geflüchteter Menschen besonders ein, damit diese nach einer schrecklichen Flucht nicht auch noch mit Rassismus kämpfen müssen.“

Laura Wikker, Seebrücke Essen



„Rassismus hat einst die Zivilisation fast zerstört und gefährdet heute wieder unsere Gegenwart und Zukunft. Rassismus darf niemals zur Normalität werden und gehört mit aller Kraft bekämpft! Denn Rassismus ist und bleibt, was es ist: ein Verbrechen!“

Samy Charchira, Die Grünen, Düsseldorf





Foto: Jan Sudhoff



Foto: Christian Schneider, Aufstehen gegen Rassismus

„Klimapolitik“ der AfD: Rassismus und wirtschaftliche Lobbypolitik



Jede Stimme für die AfD ist eine Entscheidung gegen Menschlichkeit und gegen eine lebenswerte Zukunft der nächsten Generationen. Denn Teil ihrer Ideologie ist die Leugnung des menschengemachten Klimawandels. Hierfür zweifelt die AfD-Führung auch ganz bewusst naturwissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel an und stützt damit ihr Lügenkonstrukt, indem sie eine der häufigsten Fluchtursachen im globalen Süden und die Verantwortung der Industriestaaten dafür einfach negiert.

Denn Fakt ist: Der Klimawandel und seine Auswirkungen treffen vor allem den globalen Süden. Katastrophale extreme Wetterereignisse wie Dürren, Überschwemmungen usw. zerstören die Lebensgrundlagen der dort lebenden Menschen. Verantwortlich für die herrschende Klimaungerechtigkeit sind vor allem die Lebensweisen in den Industrieländern und die Produktionsweisen ihrer Konzerne. Für das menschenverachtende Bild der AfD ist es jedoch besonders wichtig, alle Ursachen von Flucht zu leugnen, um geflohenen Menschen als Feindbild zu stigmatisieren sowie sie als vermeintliche „Nutznießer“ des westlichen Wohlstands darzustellen.

Die AfD leugnet den menschengemachten Klimawandel aber auch, um ihre neoliberale Politik für Großkonzerne zu legitimieren, während sie sich gleichzeitig als Interessenswahrerin der Arbeitnehmer*innen inszeniert. Beispielsweise bedient sie sich des Vorwands, ihr gehe es darum, „Arbeitsplätze zu erhalten“, wenn sie gegen den Ausstieg aus der Kohleförderung eintritt. So belügt sie Wähler*innen und macht ihnen vor, dass es mit der begrenzten

Ressource Kohle unendlich so weitergehen könne. Doch mitnichten vertritt die Partei das Interesse der „kleinen Leute“, sondern das der Großkonzerne – die ihrerseits nicht zögern werden, Arbeitskosten „einzusparen“, sobald der Profit in Gefahr gerät.

Ähnlich verhält es sich mit der Atomenergie. Während sich die Energieunternehmen bereits 2011 mit dem Ausstieg aus der Atomenergie abgefunden haben, will die AfD die Atommeiler weiter laufen lassen zur Aufrechterhaltung einer nationalistisch verstandenen Energiesicherheit. Die grenzüberschreitenden Gefahren für Mensch und Umwelt spielt die Partei herunter – auch hier zugunsten der Energiekonzerne. Deren Gewinne würden so privatisiert, die Schäden für Mensch und Umwelt aber vergemeinschaftet. Gegen erneuerbare Energien dagegen polemisiert die AfD. Ihr nationalistisches und völkisches Verständnis von Natur und Umwelt wird deutlich, wenn sie etwa Windräder als „Verschandelung der deutschen Kulturlandschaft“ diffamiert.

Nachhaltigkeit bedeutet, politische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte zu betrachten. Das gilt für den Klimaschutz wie auch für Fluchtursachen. Nur offene Grenzen für Geflüchtete und drastische, sozial gerechte Maßnahmen zur Bekämpfung der globalen Folgen der Erderwärmung können die Antwort auf die Klimakrise sein.

► All dies ist nur ohne die AfD zu erreichen.



Talin Kalatas,
NaturFreunde NRW

Rechte und rassistische Gewalt in NRW gegen Geflüchtete 2019

Angriffe auf Asylunterkünfte in NRW 2019

Minden 19.1. Köln 25.1. Salzkotten 2.2. Essen 7.2. Schwelm 10.2. Herten 11.2. Münster 4.3. Höxter 6.3. Troisdorf 20.3. Ostbevern 26.3. Langenberg 3.05. Heek 11.5. Beckum 22.5. Herne 28.5. Versmold 29.5. Versmold 25.6. Westerkappeln 25.6. Münster 16.7. Bad Driburg 22.7. Duisburg 23.7. Niederkrüchten 30.7. Aachen 22.8. Duisburg 29.8. Kamp-Lintfort 10.9. Herford 7.10. Zülpich 9.10. Merzenich 18.10. Witten 10.11. Lennestadt 18.11. Olpe 18.11. Olpe 20.11. Olpe 9.12.

Angriffe auf Asylbewerber*innen und Geflüchtete (Körperverletzung, Raub, Brandstiftung, Volksverhetzung, Sachbeschädigung, Bedrohung, Beleidigung usw.)

Langenfeld 1.1. Krefeld 6.1. Kerpen 7.1. Geilenkirchen 8.1. Köln 10.1. Soest 13.1. Bergkamen 13.1. Köln 15.1. Aachen 17.1. Castrop-Rauxel 17.1. Bochum 23.1. Köln 25.1. Düsseldorf 1.2. Leverkusen 1.2. Oberhausen 4.2. Herford 6.2. Dortmund 7.2. Essen 7.2. Schwelm 10.2. Köln 11.2. Herten 11.2. Medebach 12.2. Kamp-Lintfort 13.2. Dortmund 14.2. Wermelskirchen 16.2. Ennepetal 21.2. Köln 2.3. Köln 5.3. Höxter 6.3. Geseke 11.3. Halver 13.3. Duisburg 15.3. Essen 15.3. Troisdorf 20.3. Köln 20.3. Greven 20.3. Dortmund 21.3. Bochum 23.3. Oberhausen 26.3. Ostbevern 26.3. Essen 2.4. Essen 2.4. Sprockhövel 5.4. Köln 5.4. Köln 6.4. Hamm 7.4. Altena 9.4. Leverkusen 9.4. Düsseldorf 14.4. Dortmund 15.4. Leverkusen 15.4. Duisburg 17.4. Essen 19.4. Köln 20.4. Düsseldorf 21.4. Hennef 25.4. Siegen 1.5. Langenfeld 3.5. Köln 4.5. Kleve 7.5. Leichlingen 11.5. Dortmund 17.5. Menden 17.5. Zülpich 18.5. Mönchengladbach 19.5. Swisttal 20.5. Beckum 22.5. Lengerich 22.5. Köln 26.5. Herne 28.5. Versmold 29.5. Hückelhoven 29.5. Rheine 30.5. Wuppertal 31.5. Düsseldorf 1.6. Essen 4.6. Dortmund 5.6. Oberhausen 5.6. Essen 6.6. Schwerte 8.6. Essen 8.6. Duisburg 9.6. Wassenberg 11.6. Arnsberg 14.6. Bielefeld 18.6. Köln 20.6. Wuppertal 24.6. Versmold 25.6. Westerkappeln 25.6. Übach-Palenberg 26.6. Recklinghausen 26.6. Dortmund 27.6. Bochum 29.6. Bad Driburg 30.6. Schloß Holte-Stukenbrock 2.7. Wipperfurth 2.7. Dortmund 3.7. Köln 4.7. Bad Driburg 7.7. Haan 8.7. Alsdorf 9.7. Düsseldorf 9.7. Monheim 10.7. Köln 12.7. Herne 14.7. Grevenbroich 14.7. Essen 14.7. Mettingen 14.7. Siegburg 15.7. Hückelhoven 16.7. Münster 16.7. Dortmund 19.7. Essen 19.7. Hürth 20.7. Coesfeld 21.7. Düsseldorf 23.7. Bielefeld 24.7. Mülheim 24.7. Wiehl 24.7. Wesel 25.7. Kierspe 25.7. Köln 25.7. Düsseldorf 29.7. Rheda-Wiedenbrück 30.7. Hörstel 30.7. Duisburg 31.7. Merzenich 1.8. Marl 1.8. Düsseldorf 2.8. Remscheid 6.8. Jülich 6.8. Herne 6.8. Bochum 7.8. Mönchengladbach 8.8. Ahlen 11.8. Wuppertal 13.8. Aachen 15.8. Langenfeld 19.8. Velbert 25.8. Westerkappeln 26.8. Wesel 29.8. Kreuztal 29.8. Siegen 29.8. Unna 31.8. Schwerte 31.8. Düsseldorf 31.8. Essen 2.9. Köln 6.9. Hürth 7.9. Mönchengladbach 8.9. Düsseldorf 9.9. Köln 9.9. Rheine 11.9. Münster 25.9. Münster 30.9. Essen 2.10. Dortmund 7.10. Essen 8.10. Zülpich 9.10. Recklinghausen 9.10. Gelsenkirchen 11.10. Borken 11.10. Anröchte 13.10. Essen 13.10. Recklinghausen 14.10. Schwelm 17.10. Steinheim 20.10. Legden 22.10. Bergheim 23.10. Düsseldorf 24.10. Krefeld 24.10. Kamp-Lintfort 25.10. Hattingen 1.11. Münster 1.11. Essen 4.11. Witten 10.11. Oerlinghausen 17.11. Olpe 18.11. Olpe 20.11. Witten 23.11. Oberhausen 27.11. Herne 28.11. Münster 29.11. Menden 30.11. Herford 2.12. Dortmund 5.12. Willich 7.12. Olpe 9.12. Roetgen 10.12. Gelsenkirchen 10.12. Essen 12.12. Detmold 17.12. Brakel 21.12. Bad Salzuflen 22.12. Dortmund 28.12. Düsseldorf 28.12. Düsseldorf 31.12.

Angriffe auf Hilfsorganisationen, Ehrenamtliche und Freiwillige im Bereich der Asyl- und Ausländerthematik

Essen 2.2. Essen 7.2. Düsseldorf 5.3. Burscheid 5.3. Köln 23.4. Wuppertal 3.5. Oberhausen 26.5. Altena 18.6. Westerkappeln 25.6. Düsseldorf 2.7. Langenfeld 5.7. Kierspe 25.7. Westerkappeln 26.8. Münster 25.9. Gummersbach 17.11. Hattingen 10.12.

Dies ist Ergebnis der Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion DIE LINKE.

Die Antwort der Bundesregierung berücksichtigt nur polizeilich erfasste Übergriffe.

Die Dunkelziffer liegt nach Einschätzung von Opferberatungsinitiativen um ein Vielfaches höher.

Stoppt die Brandstifter! Stoppt die AfD!

Die Landespartei der AfD in NRW ist sehr bemüht, sich ein gemäßigtes Image zu geben. Doch auch in NRW ist die AfD nicht nur eine durch und durch rassistische Partei, die insbesondere gegen Geflüchtete und Muslime hetzt. Sie ist eine faschistische Partei im Werden. Denn auch in NRW befeuert sie den Verschwörungsmythos einer vermeintlichen Islamisierung. Es war dieser Mythos vom angeblichen „Großen Austausch“, der unter anderem den Mörder von Walter Lübcke in Kassel und die Attentäter von Halle und Hanau zu ihren grausamen Taten trieb.

So gab die AfD-Landtagsfraktion ein Malbuch für Kinder heraus. Darin waren etwa Menschen mit türkischer Flagge und gezücktem Revolver im Autokorso abgebildet. Ein anderes Bild zeigte unter dem Banner „Wir baden das aus“ vollverschleierte Frauen sowie mit Messern bewaffnete und Frauen im Bikini jagende Männer mit Knochen im Haar in einem Schwimmbad. Schon Kindern wollte die Landtagsfraktion so vermitteln, dass schwarze Menschen, Muslime und Menschen mit türkischer Migrationsgeschichte gewalttätige und verschlagene Terrorist*innen seien. Dank zahlreicher Proteste musste die AfD die Verbreitung des Malbuchs stoppen. Wie üblich verharmloste sie die Herausgabe als großes Missverständnis.

Nicht nur die Landtagsfraktion der AfD scheint mit Rassismus erst dann ein Problem zu haben, wenn sie öffentlich dafür kritisiert wird. In vielen lokalen Strukturen läuft das ähnlich. Als in Nürnberg Ende 2019 ein neues Christkind bekannt gegeben wurde, empörte sich die Marler AfD: „Nürnberger Christkind heißt Benigna Mumsi. War da nicht mal was mit ‚Christkind und goldenen¹ Haar?‘ Abgesehen davon,

¹ Grammatikfehler aus Original übernommen

dass zentrale Figuren des Christentums im Nahen Osten mit Sicherheit nicht blond und blauäugig waren, zeigte die Marler AfD deutlich, wie egal ihnen Nächstenliebe und wie wichtig dagegen Rassismus ist.

In Essen verteilte die AfD wenige Monate vor dem Terroranschlag von Hanau Flyer gegen die Eröffnung einer Shishabar im bildungsbürgerlichen Stadtteil Rüttenscheid. In diesen Flyern fantasierte sie eine vermeintliche Islamisierung herbei und machte Stimmung gegen Shishabars und Menschen, die dort ihre Abende verbringen. Solche Beispiele sind keine Einzelfälle, sondern die Regel bei der AfD in NRW.

Rassismus, auch antimuslimischer Rassismus, ist keine Erfindung der AfD. Die AfD kann anknüpfen an rassistische Vorurteile, wie sie bereits erfolgreich von Ideologen wie Huntington und Politiker anderer Parteien wie Sarrazin, Seehofer, Palmer und Co. verbreitet wurden und werden. Doch die AfD treibt rassistische Stimmungsmache auf die Spitze. Und sie ist ideologisch, praktisch und personell bestens vernetzt mit Nazihoooligans, Identitären und anderen Gruppierungen der extremen Rechten, die bereit sind, Worten auch Taten folgen zu lassen.

Umso wichtiger, die AfD zurückzudrängen und gemeinsam mit von Rassismus und rechter Hetze direkt betroffenen Menschen aktiv zu werden. Rassismus ist keine Alternative.

► Unsere Alternative ist Solidarität!

 Jules El-Khatib, stellv. Landessprecher der LINKEN. NRW und Igor Gvozden, Mitglied im Landesvorstand der LINKEN. NRW



Foto: Christoph Petersen, Wuppertaler Rundschau

Aktiv gegen neu verpacktes Nazitum – auch im ländlichen Raum



Bei uns im Kreis Wesel ist die AfD ein Phantom. Mehr Untergrundorganisation als Partei. Presseanfragen werden nicht beantwortet, Veranstaltungsorte geheim gehalten, Räume unter falschem Namen reserviert. Gleichwohl will die AfD hier Bürgermeisterkandidaten stellen.

Zudem treiben Nazis ihr Unwesen, sogar in Dörfern wie Hoerstgen. Mit der „Volksgemeinschaft Niederrhein“ formierten sie eine extrem rechte Kameradschaft. Sie versuchen, sich im Dorfleben zu verankern und Gegner*innen einzuschüchtern.

Gegen die neuen und alten Nazis setzen wir uns ein: Unsere Nachbar*innen sollen wissen, wofür die AfD steht und dass sie Na-

zis wählen, wenn sie dieser Partei eine Stimme geben. Sie sollen verstehen, dass mit der AfD Faschist*innen versuchen, rechtes Gedankengut salonfähig zu machen und dass Rassismus KEINE Alternative ist.

Wir haben regelmäßige antirassistische Stammtische in Schermbeck und Dinslaken etabliert. Mittlerweile sind wir gut vernetzt: Wir haben neben Infoständen eine Mahnwache, eine Stolpersteinputzaktion sowie eine großartige Lesung organisiert. Außerdem mobilisieren wir auch zu Kundgebungen und Demos, wie im Oktober 2019 gegen den AfD-Landesparteitag.



Elke Langenbrink, Aufstehen gegen Rassismus Schermbeck und Dinslaken



Foto: Aufstehen gegen Rassismus Schermbeck & Dinslaken



Fotos: Sara Fischer, AgR Essen



Foto: jochen vogler/r-mediabase.eu

Die AfD will die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens



Der bislang ranghöchste Bundeswehrsoldat, der sich in der AfD engagiert, Generalmajor a.D. Joachim Wundrak, war zuletzt in NRW tätig – als Kommandeur des Zentrums Luftoperationen der NATO-Kommando-Zentrale in Kalkar und Uedem. Zu den extrem rechten Tendenzen in der AfD meint er, der AfD werde ein „Rechtsextremismus-Problem angehängt“. Viele aktive und ehemalige Soldaten sitzen in AfD-Fraktionen in Landtagen und im Bundestag. Sie bestimmen mit über die Programmatik der AfD zur Militarisierung der Gesellschaft. So fordert die AfD auf Bundesebene z.B. den Zugang zu Atomwaffen, die Erhöhung des Bundeswehretats auf 2 % des BIP sowie die Wiedereinführung der Wehrpflicht bei gleichzeitiger Einschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Auch auf kommunaler Ebene strebt die AfD einen entsprechenden Umbau der Gesellschaft an. Sie will Jugendoffiziere an den Schulen, die Schüler*innen werben sollen fürs Sterben. Und sie fordert den Ausbau der „Zivil-Militärischen Zusammenarbeit“ in den Kommunen. AfD-Ratsmitglieder könnten so künftig auch in NRW den Boden bereiten für die Ausweitung der Kompetenzen der Bundeswehr im Inland. Vor dem Hintergrund unserer Geschichte, mit der Verantwortung für zwei Weltkriege im letzten Jahrhundert, verbietet sich die Wahl der AfD auch bei Kommunalwahlen.



Felix Oekentorp, Landessprecher der DFG-VK NRW & Jochen Vogler, Landesgeschäftsführung VVN-BdA NRW

Aktionswoche gegen Rechts – Nein zu Nazis in Parlamenten, Betrieben und Dienststellen



Foto: ulf stephan/r-mediabase.eu

Auch NRW-Kommunen mussten lernen, wie es ist, wenn Rechte in den Parlamenten sitzen. Überall dort tragen sie mit dazu bei, dass Hass und Hetze in der Stadt und auch am Arbeitsplatz immer mehr Einfluss haben.

Wir zeigen als Gewerkschaft ver.di klare Haltung und stellen uns gegen rechte Parteien und Gruppierungen, ob in den Kommunalparlamenten oder in Personal- oder Betriebsratsstrukturen. Ideologien, die auf Menschenhass beruhen, wollen wir keinen Zentimeter Platz lassen. Deshalb rufen wir in NRW zu einer Aktionswoche auf, um vor den Kommunalwahlen im September ein klares Zeichen gegen Rechts zu setzen. Vom 17. bis zum 22. August werden wir in den Betrieben, Dienststellen und in der Öffentlichkeit, etwa vor den Rathäusern, verschiedene Aktionen organisieren. Wir wollen informieren und sensibilisieren, unsere Kolleg*innen, Freund*innen, Bekannte und Familien darauf aufmerksam machen, welchen Keil Rechte in unsere Gesellschaft treiben. Das dürfen und werden wir nicht zulassen: ver.di NRW steht für Solidarität, für Gemeinschaft und für ein Miteinander.

Für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen brauchen wir keine Unterstützung von Nazis. Nur gemeinsam und unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung und Glaubensrichtung können wir erfolgreich für unsere Ziele kämpfen. Deshalb ist das Motto unserer Aktionswoche ganz klar:

- Nazis raus aus den Parlamenten, Betrieben und Dienststellen!
- Unsere Alternative heißt Solidarität!



Frank Bethke, stellvertretender Landesbezirksleiter ver.di NRW

Antifaschismus wirkt - auch an der Uni!



Mit der AfD hatten wir Studierende an der Bergischen Universität bislang nicht direkt zu tun. Aber vor anderthalb Jahren tauchten Anhänger*innen der extrem rechten „Identitären Bewegung“ auf. Ihre Sticker klebten bald überall: in der Mensa, auf Toiletten, in den Gängen. Eines Morgens fanden wir ihre Flyer in Hörsälen und Wohnheimen. Auf den ersten Blick war gar nicht zu erkennen, dass sie von den „Identitären“ stammten. Sie tarnten sich darin als „120 Dezibel“, wollten angeblich sexualisierte Gewalt bekämpfen und warben für kostenlose Alarmgeräte für Frauen. Erst auf den zweiten Blick war klar, dass die Flyer Gewalt gegen Frauen nur instrumentalisierten, um gegen Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte zu hetzen. Viele Studierende erkannten nicht gleich, dass es den Rechten nur darum ging, Rassismus zu verbreiten. Deshalb haben wir sofort ein Bündnis gegen Rechts gegründet, dem Hochschulgruppen, Initiativen und Fachschaften beitraten. Wir haben Flyer gestaltet und verteilt. So informierten wir unsere Kommiliton*innen über die Identitären und ihre Strategie.

Unsere Vernetzung durch regelmäßige Treffen und das schnelle Entsorgen der rechten Propaganda haben gewirkt: Seit einem Jahr haben wir keine rechten Sticker und Flyer mehr.

➤ Die Vernetzung aber ist geblieben und das ist gut so!



Foto: Yannik Düringer, Wuppertal



Yannik Düringer, Vorsitzender der Jusos Wuppertal, Mitglied des Studierendenparlaments der Bergischen Universität Wuppertal

MACH MIT!



AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS

Aufstehen gegen Rassismus (AgR) ist ein breites, bundesweites Bündnis. Unsere Kampagne gegen die AfD wird getragen von lokalen Akteur*innen und Einzelpersonen aus verschiedenen Organisationen, Gewerkschaften und Verbänden. Auch attac, Jusos, Naturfreunde, DIE LINKE, VVN-BdA, IG Metall, DGB-Jugend, ver.di, Interventionistische Linke, OMAS GEGEN RECHTS und der Zenratrat der Muslime sind bundesweit beteiligt. Interessierte sind herzlich willkommen!

Bei dir vor Ort

Auch in NRW gibt es „Aufstehen gegen Rassismus“-Bündnisse und -Aktivengruppen. Interessiert? Schreib uns, wir freuen uns auf dich und informieren gern über Treffen und Aktionen, unter anderem hier: [Dinslaken](mailto:Dinslaken@aufstehen-dinslaken@gmx.de) → aufstehen-dinslaken@gmx.de

[Düsseldorf](mailto:Duesseldorf@agr-duesseldorf@gmx.de) → agr-duesseldorf@gmx.de

[Essen](mailto:Essen@hallo@agr-essen.de) → hallo@agr-essen.de

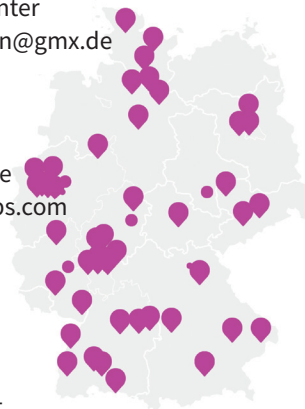
[Neuss](mailto:Neuss@gegen-rassismus-neuss@t-online.de) → gegen-rassismus-neuss@t-online.de

[Schermbek](mailto:Schermbek@aufstehen-schermbek@gmx.de) → aufstehen-schermbek@gmx.de

[Wuppertal](mailto:Wuppertal@info-agr-wuppertal@googlegroups.com) → info-agr-wuppertal@googlegroups.com

Wo es uns sonst noch gibt, erfährst du auf der Webseite → www.aufstehen-gegen-rassismus.de/lokal/

Es gibt bei dir noch keine Gruppe? Hier findest du Aktivitäten, die man auch allein oder zu zweit machen kann, sowie Tipps, wie du selbst eine Gruppe gründen kannst. → www.aufstehen-gegen-rassismus.de/mitmachen/aktionsanleitungen



Neu: Auch als Online-Seminar!

Werde Stammtischkämpfer*in



Wir alle kennen das: Im Gespräch mit Kolleg*innen, in der Familie oder im Verein fallen Sprüche, die uns die Sprache verschlagen. Später ärgern wir uns, dass wir nicht den Mund aufgemacht und widersprochen haben. Da setzen unsere Stammtischkämpfer*innen-Seminare an. Hier lernst du, die Schrecksekunde zu überwinden und deutlich zu machen: Wir lassen rechte Parolen nicht einfach so stehen! Werde eine*r von fast 15.000 Stammtischkämpfer*innen und nimm an einem kostenlosen Seminar teil. Seminare in deiner Nähe und weitere Infos findest du auf: → www.aufstehen-gegen-rassismus.de/kampagne/stammtischkaempferinnen/

Termine

- **Montag 17. bis Freitag 22. August** Aktionswoche gegen Rechts in allen Bezirken von ver.di in NRW → weitere Infos auf www.nrw.verdi.de/themen/kommunalwahlen-nrw
- **Dienstag 18. August und Donnerstag 3. September** jeweils um 18 Uhr Videokonferenz zur Auswertung, Unterstützung und Planung von Aktionen gegen die AfD und rechte Hetze im Kommunalwahlkampf → Anmeldung per E-Mail an info@aufstehen-gegen-rassismus.de
- **Samstag 26. September** in Berlin und online bundesweite Aktivenkonferenz von Aufstehen gegen Rassismus → Infos und Anmeldung auf www.aufstehen-gegen-rassismus.de/aktuelles/aktivenkonferenz-2020/

Material bestellen

Plakate, Fahnen, Aufkleber, Buttons, verschiedene Flyer - vom Antifeminismus der AfD bis hin zum Umgang der AfD mit Corona - und vieles andere mehr kannst du bei uns bestellen → www.aufstehen-gegen-rassismus.de/shop



Wir brauchen deine Spende

Aufstehen gegen Rassismus wird durch Spenden finanziert. Spenden sind derzeit nicht steuerlich absetzbar.

VVN BdA | IBAN: DE90 4306 0967 1214 8918 00
Verwendungszweck: Aufstehen gegen Rassismus



aufstehen-gegen-rassismus.de



facebook.com/aufstehengegenrassismus



twitter.com/aufstehengegen



info@aufstehen-gegen-rassismus.de



instagram.com/aufstehen_gegen_rassismus/

V.i.S.d.P.:

VVN BdA NRW e.V.

Marktstr. 165,

46045 Oberhausen

Redaktion:

Sara Fischer, Dina Rašidović,

Birgit Sevenich, Herbert Stei-

ner, Irmgard Wurdack

Auflage: 100.000